

In Berlin fehlen Wohnungen

Die Berliner Wohnungsbausenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) will den Stadtentwicklungsplan überarbeiten. Aufgrund des starken Zuzugs in die Hauptstadt würden bis zum Jahr 2030 rund 194.000 neue Wohnungen benötigt. Der neue Stadtentwicklungsplan soll in der Stadt Platz schaffen für rund 15.000 zusätzliche Wohnungen, die über den alten Plan hinaus gebraucht werden. Im vergangenen Jahr sind in Berlin 13.700 Wohnungen entstanden; um das Ziel von knapp 200.000 Wohnungen bis 2030 zu erreichen, müssten jedoch rund 17.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden.

Gegen Hasskommunikation im Internet

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert an der Freien Universität Berlin ein neues Projekt zum Thema Hasskommunikation im Internet. Das Forschungsvorhaben „NOHATE – Bewältigung von Krisen öffentlicher Kommunikation im Themenfeld Flüchtlinge, Migration, Ausländer“ ist auf drei Jahre angelegt. Ziel ist die automatisierte Analyse von Hasskommunikation in sozialen Medien und Online-Kommentaren.

Die Forscherinnen und Forscher wollen die Ursachen und Dynamiken von Hasskommunikation im Internet näher untersuchen. Auf dieser Grundlage soll eine algorithmische Software entwickelt werden, die den Betreibern der Angebote wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für eine deeskalierende Moderation gibt. Gegenstand ist dabei das Thema Flucht und Migration, in dem – verstärkt seit Sommer 2015 – Hasskommunikation in großem Umfang auftritt.

Am Projekt beteiligt sind neben der Freien Universität Berlin die Beuth-Hochschule für Technik Berlin und die Vico Research & Consulting GmbH. Im Rahmen des Projekts sind Kooperationen mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure, Medien und politischer Organisationen vorgesehen, darunter die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Verein Neue Deutsche Medienmacher, die Amadeu Antonio Stiftung und der Axel Springer Verlag.

Vorrang dem Wohnungsbau

Ein Kommentar von Frank Behrens



Berlin wächst. Um rund 50.000 Einwohner pro Jahr. 2016 waren es gar 60.000 Menschen, die neu dazu kamen. Vor diesem Hintergrund ist der Streit zu sehen, der sich derzeit rund um die Wohnungsbauaktivitäten des rot-rot-grünen Senats entwickelt. Die zuständige Senatorin Katrin Lompscher (Die Linke) will zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau finden, um den ehrgeizigen Plan von 15.000 bis 20.000 neuen Wohnungen pro Jahr zu erreichen. Ihre Gegner – insbesondere aus der Wohnungswirtschaft und der Opposition – werfen ihr vor, in Wahrheit eine „Wohnungsverhinderungssenatorin“ zu sein. Hat sie doch tatsächlich dafür gesorgt, dass es schwerer geworden ist, an bestimmten innerstädtischen Standorten Gebäude um ein Dachgeschoss aufzustocken, wenn etwa alter Baumbestand im Wege steht. Auch ihr Konzept der Anwohner-Partizipation oder die geforderten 30 Prozent Sozialwohnungen im Neubau gelten als Investitionsbremse. Im Hintergrund schwingt bei der Linken – und über sie hinaus – Skep-

sis mit, dass eine erhöhte Bautätigkeit und mithin „der Markt“ es schon richten werde. Dass ein größeres Angebot allein die Mieten sinken lässt, gilt hier als Trugschluss. Vielmehr müsse aktiv in den Markt eingegriffen werden – etwa mit dem Bau von Sozialwohnungen.

Das ist sicher richtig. Doch angesichts der prekären Lage auf dem Wohnungsmarkt muss das Eine getan werden, ohne das Andere zu lassen. Es müssen jetzt dringend Wohnungen gebaut werden, bürokratische Hemmnisse sind zu beseitigen. Zugleich muss der soziale Wohnungsbau unbedingt angekurbelt werden. Und es müssen, wie von der Senatorin angekündigt, neue Flächen für Wohnungen gefunden werden. Dort sollte auch das eine oder andere Tabu fallen. Elisabeth-Aue, Kleingärten, Randbebauung des Tempelhofer Feldes, um Reizwörter zu nennen. Zumal der Flughafen Tegel durch das BER-Desaster und den Volksentscheid vom 24. September als Standort für 9.000 neue Wohnungen in weite Ferne gerückt ist.

Ausstieg

Kohle nur noch zum Grillen

Berlin will bis 2030 aus der Kohlenutzung aussteigen. Ein entsprechendes Gesetz beschloss das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der rot-rot-grünen Koalition. Mit der gesetzlichen Festlegung auf einen Termin sei Berlin Vorreiter in Deutschland, hieß es. Ziele sind eine Senkung der CO₂-Emissionen, die das Klima schädigen, und eine schrittweise Umstellung auf erneuerbare Energie. Bereits seit einigen Monaten verzichtet die Hauptstadt auf Stromerzeugung aus

Braunkohle, die als besonders klimaschädlich gilt. Im Mai ging das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk vom Netz, bis spätestens 2030 soll dann mit den Steinkohlekraftwerken Schluss sein; derzeit gibt es noch drei davon. Mit dem Gesetz setze die Hauptstadt ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz, sagten Vertreter der Koalition. „Für Berlin muss gelten: Kohle nur noch zum Grillen“, erklärte der Sprecher für Klimaschutz der Grünen-Fraktion, Georg Kössler. ●